

Laibacher Zeitung.

Nr. 126.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 5. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl. 10 fr. sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. Mai d. J. dem Bezirkshauptmann erster Klasse und Referenten der steiermärkischen Grundsteuerregulirungs-Landeskommission Vincenz Globotschnig in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und ersprießlichen Dienstleistung aus Anlaß der von ihm erbetenen Versetzung in den bleibenden Ruhestand den Titel und Charakter eines Statthaltereirathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Raffer m. p.

Verordnung des k. k. Ministers für Cultus und Unterricht vom 9. Mai 1872,

womit eine Vorschrift für die Abhaltung der Maturitätsprüfungen an Realschulen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder erlassen wird.

(Schluß.)

§ 22. In das Maturitätsprüfungs-Zeugnis ist außer dem vollständigen Namentheile des Geprüften und der Bezeichnung der Lehranstalten, welche er besuchte, so wie der Dauer seines Aufenthaltes an jeder derselben, das Gesammturtheil über sein sittliches Verhalten während der Schulzeit, das Urtheil über seine Leistungen in den einzelnen Prüfungsgegenständen, welches mittelst der bei den Semestralzeugnissen üblichen Notenabstufung auszu- drücken und erforderlichen Falls mit einer kurzen Motivirung von Seite des betreffenden Examinators zu versehen ist, endlich der Ausspruch der Prüfungskommission aufzunehmen, ob und wie der Schüler den gesetzlichen Anforderungen im Ganzen entsprochen habe, ob und in welcher Weise ihm demgemäß die Reise zum Besuche einer technischen Hochschule zuerkannt werde. Die Zeugnisse sind von allen Kommissionsmitgliedern zu unterfertigen.

§ 23. Wenn einem Examinanden bei der am Schlusse des Schuljahres vorgenommenen Maturitätsprüfung die Reise zum Besuche einer technischen Hochschule zufolge der mangelhaften Leistungen aus einem einzigen Gegenstande abgesprochen wird, so kann die Prüfungskommission ohne Ausfertigung seines Zeugnisses die Wiederholung der Prüfung aus diesem Gegenstande bei Beginn des nächsten Schuljahres gestatten.

§ 24. Jedem nicht für reif befundenen Examinanden wird behufs nochmaliger Vornahme der Prüfung eine Frist gesetzt, vor deren Ablauf er sich nicht zu nochmaliger Prüfung melden darf. Diese Frist ist in der Regel (§ 23) eine einjährige, nur wenn sein Bildungsstand Aussicht auf ein früheres erfolgreiches Bestehen der Prüfung darbietet, kann sie auf ein halbes Jahr verkürzt werden. Prüflinge dieser letzteren Art haben die zweite Prüfung am Amtssitze des Landes Schulinspectors und an einer von ihm zu bestimmenden Realschule abzulegen, jene der ersteren Art haben sich zur zweiten Prüfung an jener Realschule zu stellen, an welcher sie die erste ablegen.

§ 25. Bei der Anmeldung zur zweiten Prüfung hat jeder Kandidat das Zeugnis über die erste Prüfung mitzubringen, und es ist dabei zulässig, daß ihm, wenn er bei der ersten Prüfung in einzelnen Gegenständen mindestens die Note „lobenswerth“ erhielt, die mündliche Prüfung aus denselben erlassen werde. Von dieser Ausnahme abgesehen, muß die Prüfung nach allen ihren Theilen wiederholt werden.

§ 26. Wird dem Examinanden auch nach der zweiten Prüfung das Zeugnis der Reise nicht zuerkannt, so muß sein allfälliges Ansuchen um Zulassung zu einer dritten Prüfung durch den Landes Schulrath an das Unterrichtsministerium geleitet werden.

Eine vierte Prüfung ist unzulässig.

§ 27. In dem am Schlusse des ersten Semesters eines Schuljahres zur Vornahme der Wiederholungsprüfung für die auf ein halbes Jahr Reprobirten festgesetzten Termine können auch Realschüler, welche sich im vorangegangenen Schuljahre über den zweiten Semester der obersten Klasse bloß ein Semestralzeugnis der ersten Klasse erworben, sich aber weder am Schlusse des Schuljahres, noch im Beginne des neuen zur Maturitätsprüfung gestellt haben, zur Ablegung derselben zugelassen werden.

§ 28. Ebenso können in dem gleichen Termine Examinanden, welche im Laufe der Maturitätsprüfung am Schlusse des vorausgegangenen oder im Beginne des neuen Schuljahres von der Fortsetzung derselben abstanden, zur Maturitätsprüfung zugelassen werden, haben

sich jedoch gleichfalls allen Stadien der Prüfung zu unterziehen.

§ 29. Für die Maturitätsprüfung ist an Realschulen, die aus öffentlichen Fonds erhalten werden, eine vor Beginn der schriftlichen Prüfung zu erlegenden Taxe von 6 fl. ö. W. zu entrichten. Die vom Schulgelde befreiten Schüler sind auch vom Erlage der Prüfungstaxe zu befreien.

Externe haben die dreifache Gebühr zu bezahlen.

Der Gesammtbetrag der Prüfungstaxe ist unter die bei der Prüfungskommission fungirenden Professoren und den Director zu vertheilen; Letzterer erhält, wenn er zugleich als Examinator fungirt, einen doppelten Antheil, jeder prüfende Professor so viele Antheile, als er getrennte im Zeugnisse erscheinende Lehrfächer vertritt.

Bei Wiederholung der Prüfung ist auch die Taxe abermals zu erlegen.

§ 30. Am Schlusse jedes Termines der Maturitätsprüfung sind die stattgefundenen Reprobationen vom Landes Schulrath allen öffentlichen vollständigen Realschulen mitzutheilen.

Uebergangsbestimmungen.

§ 31. Am Schlusse des Schuljahres 1871/72 wird auch noch den sechsklassigen Realschulen in Böhmen, Galizien und Triest die Abhaltung von Maturitätsprüfungen gestattet, wobei sie sich jedoch an die Bestimmungen der gegenwärtigen Vorschrift, soweit dieselben nur immer für sie anwendbar sind, zu halten haben.

§ 32. Die technischen Hochschulen zu Prag und Lemberg können auch noch im Schuljahre 1872/3 ordentliche Hörer immatriculiren, welche kein Maturitätsprüfungs-Zeugnis besitzen, jedoch durch eine Ausnahmeprüfung die erforderliche Geistesreise und wissenschaftliche Vorbildung darthun.

§ 33. Bis zum Schlusse der Schuljahre 1873/4 ist die Maturitätsprüfung bezüglich der Sprachen auf die Unterrichtssprache zu beschränken.

Stremayr m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Der Herr General-Director der Wiener Weltausstellung 1873 hat neuerlich zur Kenntnis der Ausstellungs-Kommission gebracht, daß eine Verlängerung des für das Abbringen von Anmeldungen gesetzten Termines über den letzten Juni hinaus unmöglich stattfinden, und daß auf später einlangende Eingaben keine Rücksicht genommen werden kann. — Hierauf werden Ausstellungs-lustige in ihrem eigenen Interesse dringend aufmerksam gemacht.

Es sei hierbei nochmals erwähnt, daß im Bureau der krainischen Ausstellungs-Landes-Kommission (Laibach, neuer Markt Nr. 219, ersten Stock) täglich von 1—3 Uhr alle die Ausstellung betreffenden Auskünfte bereitwilligst erteilt und Anmeldebescheine gratis ausgefolgt werden.

Vom Executio-Comité der Weltausstellungs-Landeskommission für Krain.

Der Vice-Präsident

W. C. Suppan m. p.

Der ständige Referent:

Kothar Fürst Metternich-Winneburg m. p.

Der galizische Ausgleich

wird von Seite einiger Tagesblätter als gescheitert angesehen. Auffällig ist es, daß auch jener Theil der öffentlichen Stimmen den galizischen Ausgleich als gescheitert hinstellt, der doch seiner Zeit, als Föderalismus und Fundamentalartikel in schönster Blüthe prangten, für den Ausgleich mit Böhmen und den slavischen Ländern überhaupt in die Schranke trat. Die Gründe, den galizischen Ausgleich als gescheitert zu declariren, sind aber, wie die „Tagespresse“ bemerkt, zum Theile ganz entgegengesetzter Art. Während die Einen das Widerstreben der Polen dafür geltend machen, suchen die oppositionellen quoad memos die Regierung dafür verantwortlich zu machen. In dieses eigenthümliche Duo bringt der Wiener Correspondent des „B. A.“ einige Aufklärung, indem er die Behauptung aufstellt, daß die Organe mit ihrer Auffassung des augenblicklichen Standes nur das Echo polnischer Kreise bilden. „In den polnischen Abgeordnetenkreisen“, schreibt der Correspondent, „soll man entschlossen sein, das Elaborat, falls es,

wie kaum mehr zu zweifeln, vor den Lemberger Landtag kommt, rundweg abzulehnen.“ Unter diesen Eventualitäten wäre nach Ansicht der „Tagespresse“ allerdings der Ausgleich als gescheitert zu betrachten, allein nicht durch die Verfassungspartei, welche ein ganz acceptables Project entwarf, sondern durch die polnische Landtag-majorität, falls diese sich für ein solches ablehnendes Votum finden sollte. Die Organe, welche glauben machen möchten, die Regierung habe die Ausgleichsverhandlungen nur pro forma eingeleitet, suchen somit einfach die Schuld von den Polen abzuwälzen. Doch dies soll ihnen nicht gelingen. Der galizische Endtag muß Farbe bekennen. Lehnt er die Propositionen des Verfassungsausschusses ab, va bene, dann ist der Ausgleich auch zu Ende, die Situation vollständig geklärt. Und dies ist's, was wir im Interesse des Reiches wünschen müssen.

Die Parteien in Ungarn.

Wie ungarische Blätter berichten, will sich in Ungarn eine neue — mittlere — Partei bilden.

„Beszi Naplo“ widmet dieser Frage einen längeren Leitartikel, worin Nachfolgendes zu erwägen gegeben wird:

„Sollte eine solche Partei zu Stande kommen, so würde das das Signal zur Auflösung der linken Partei sein. Aber eine solche Partei wäre nur dann berechtigt, wenn die Deakpartei es nicht als ihre Aufgabe erachten würde, die Reformfrage selbst in die Hand zu nehmen. Indes spricht der bisherige Verlauf der Dinge für das Gegentheil. Jeder Unbefangene muß anerkennen, daß die Deakpartei bisher mit Erfolg gewirkt und Resultate aufzuweisen hat. — Wozu also eine neue Partei? Eine Partei, welche jedenfalls das Vertrauen zu dieser Partei der Regierung erschüttern würde. In der Gegenwart ist also kein Bedürfnis nach einer solchen Partei und diese zeigt auch kein Symptom ihrer Geburt. Man sagt, daß die unter dem Schutze der Deakpartei sich befindenden conservativen und ultramontanen Elemente die Deakpartei in ihrem Fortschritt hindern und man diesen Elementen oft Opfer bringen muß. Nun diese Vorwürfe möge sich die linke Partei nur selbst machen, weil sie oft aus Parteirücksichten die wahre Reform verleugnet hat. — Aber auch das beweist nur, daß nicht eine neue Partei zu gründen, sondern die conservativen Elemente in der Deakpartei durch Heranziehung neuer liberalen Elemente zu parallelisiren sind. — Allerdings gehört zur Erhaltung einer Partei auch das gegenseitige Vertrauen und der gute Wille. Aber wo finden wir dies mehr vereint als in der Deakpartei? Die Deakpartei ist zugleich Reformpartei, und wenn sie in einzelnen Fragen sich nicht als solche bewährt hat, und zwar aus verschiedenen höhern politischen Rücksichten, so ist das Heilmittel dafür sicher nicht das, die liberalen Elemente noch mehr zu zersplittern. Concentriren wir uns“ ruft der Artikel, „einigen wir uns alle, die frei denken, und die Deakpartei wird unüberwindlich sein. Die Deakpartei kann nicht resigniren, ohne die Nation preiszugeben. Nur im Rahmen der Deakpartei ist die gesicherte Zukunft der Nation zu finden!“

Weiters melden ungarische Blätter, daß Kossuth in Ungarn noch einen nicht zu unterschätzenden Anhang besitze. Der Agitator unterläßt es auch nicht, in neuester Zeit Manifestationen an Ungarn zu richten, und mit der neuesten Manifestation beschäftigt sich die Mehrzahl der ungarischen Journale. Aber „Naplo“ fragt in seinem Artikel: „Was sollen wir unter 48 verstehen, das Kossuth in seinem Briefe betont? Die Personalunion? Wenn diese darunter verstanden ist, warum unterwirft sich Kossuth dem Gesetze nicht und warum achtet er nicht die Constitution? Wir halten die Personalunion für schädlich, aber wer hat in Ungarn die Agitation für die Personalunion jemals verhindert? Frei darf Jeder für seine Meinung eintreten, der unter der Herrschaft der Dynastie ein größeres Maß von Selbstständigkeit für Ungarn verlangt. Wenn also 48 die Personalunion bedeutet, warum weilt Kossuth nicht unter uns. Wie immer wir die Sache betrachten mögen, so werden wir doch zu der Consequenz gelangen, daß Kossuth unter 48 etwas versteht, was sich mit dem Verhältnisse zwischen dem Lande und dem gekrönten Könige nicht verträgt.“ „Der Cynismus, mit welchem Kossuth vor die Nation tritt“, sagt „Naplo“ weiter, „ist beispiellos. Sein Programm ist das Chaos, und wozu er aneifern will, das ist die Destruction. Er ge-

steht, daß das staatsrechtliche Werk der Deakpartei eine feste Burg gegen seine Aspirationen bildet. Und dieses müsse daher vor allen Dingen demolirt werden. Die Linke soll nur die Demolierungsarbeit beginnen, das Chaos vorbereiten, dann kann Kossuth, dann kann Alles kommen, wofür Kossuth außerhalb des Gesetzes kämpft und was er heute noch gar nicht zu nennen im Stande ist. Die Männer alle, welche 48 geschaffen, mit einziger Ausnahme Kossuth's, sind in den Reihen der Deakpartei zu finden, mit wem will Kossuth sein 48 herstellen? Er rechnet auf diejenigen, die damals die Auferstehung der Freiheit im Blut ersticken wollten. Alle diese Elemente, die Czechen und die Nationalitäten kämpfen gegen die staatliche Selbstständigkeit Ungarns — und das sind die Bundesgenossen Kossuth's."

Die Schulaufsicht in Preußen.

Der königl. preussische Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten hat an die königl. Regierungen folgenden Erlaß gerichtet, den wir seines wichtigen Inhaltes wegen hier wiederzugeben, Anlaß nehmen. Minister Falk e sagt:

„Das Gesetz, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens, ändert das bisherige Verhältnis, nach welchem die Schulaufsicht zumeist als ein Ausfluß kirchlicher Aemter unmittelbar mit denselben verbunden war, principiell. Das Recht der Beaufsichtigung der Schulen gebührt danach dem Staate allein, und es handeln demzufolge alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates. Der Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des Gesetzes entzieht somit dem größten Theile der jetzt fungirenden Vokal- und Kreis-Schulinspectoren die Legitimation zur Fortführung dieses ihres Amtes. Zur Fortführung ihres Amtes bedürfen sie, dem Gesetze entsprechend, eines Auftrages von Seite des Staates. Um keine Unterbrechung eintreten zu lassen, veranlasse ich die königliche Regierung, zunächst die jetzt fungirenden Vokal- und Kreis-Schulinspectoren in diesem ihrem Amte zur Fortführung desselben im Auftrage des Staates zu bestätigen. Eine allgemeine Rundgebung scheint, in Verbindung mit einer Nachricht an die betreffenden geistlichen Behörden, hierzu zu genügen. Zugleich aber erwarte ich möglichst schleunigen Bericht darüber, welche von den Schulinspectoren des dortigen Bezirkes das Vertrauen der königlichen Regierung nicht besitzen, unter Darlegung der Gründe, die es notwendig oder wünschenswerth erscheinen lassen, den ihnen erteilten Auftrag nach § 2 des Gesetzes zu widerrufen, und unter gleichzeitiger Bezeichnung derjenigen Personen, welche sich dazu eignen und bereit sind, in die erledigten Stellen einzutreten. Die königliche Regierung wolle in dem erwarteten Berichte sich auch darüber gutachtlich äußern, ob und welche Veränderung der betreffenden Aufsichtsbezirke nöthig oder wünschenswerth erscheint. Außer im Allgemeinen dem Mangel der treuen Hingebung an die Interessen des Staates und eine denselben entsprechende Erziehung der Jugend bezeichne ich als besonderen Grund zum Widerruf des erteilten Auftrages die Vernachlässigung des deutschen Sprachunterrichts in den Volksschulen der polnischen, namentlich der polnisch-katholischen Gegenden des Bezirkes, welche mehr oder weniger immer dem Schulinspector wird zur Last gelegt werden müssen. Ich

vertraue außerdem, daß die königliche Regierung in dieser Beziehung auch in Zukunft fortgesetzt ein wachsames Auge haben und Sorge tragen wird, daß ihre Wahrnehmungen, soweit sie Veranlassung geben können, von dem Widerrufe des erteilten Auftrages Gebrauch zu machen, unverzüglich zu meiner Kenntnis gelangen. Den Widerruf selbst auszusprechen und die Ertheilung des Auftrages an andere dafür in Vorschlag zu bringende Personen will ich mir aus finanziellen und allgemeinen Gründen der oberen Schulaufsicht einstweilen hiemit vorbehalten."

Das neue französische Militärgesetz

enthält folgende Cardinalbestimmungen: Art. 1. Jeder Franzose ist zu persönlichem Militärdienst verpflichtet. — Art. 2. Es ist im französischen Heere weder eine Prämie in Geld, noch irgend ein Anwerbelohn gestattet. — Art. 3. Jeder Franzose, der nicht für absolut dienstunfähig erklärt ist, kann vom 20. bis zum 40. Lebensjahre zur aktiven Armee oder zur Reserve einberufen werden, nach dem im Gesetz bestimmten Modus. — Art. 4. Die Stellvertretung ist aufgehoben. Dispensationen vom Dienst unter den gesetzlich specificirten Bedingungen sind nur auf Grund definitiver Dienstbefreiung gestattet. — Art. 5. Die unter den Fahnen stehenden Leute nehmen an keiner Abstimmung Theil. — Art. 6. Jedes organisirte, bewaffnete und den Militärgesetzen unterstehende Corps bildet einen Theil der Armee und ist vom Kriegsminister oder Marineminister abhängig. — Art. 7. Kein Nicht-Franzose kann unter die französischen Truppen aufgenommen werden. Ausgeschlossen vom Militärdienst und unzulässig zu irgend einem andern Dienst in der Armee sind 1. die Individuen, welche eine entehrende oder Leibesstrafe erlitten haben; 2. die, welche zu einer zwei- oder mehrjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt und demzufolge unter polizeiliche Aufsicht gestellt oder ihrer bürgerlichen, gemeinde- oder familienrechtlichen Befugnisse ganz oder theilweise verlustig erklärt worden sind.

Politische Uebersicht.

Laibach, 4. Juni.

Die Bester „Reform“ meldet: Bei der demnächst in Berlin gegen die „Internationale“ oder über die „soziale Frage“ abzuhaltenden Conferenz soll auch die ungarische Regierung, in Folge einer Einladung des Ministeriums der Auswärtigen, sich betheiligen. — Nach der Sprache dealistischer Blätter zu urtheilen, stünde eine abermalige Auflösung des kroatischen Landtags bevor. Uebrigens liegen Anzeichen vor, daß ein Theil der Opposition unter Führung Krešćić' zu einer Verständigung geneigt ist, und daß eine Annäherung zwischen dieser Fraction und den gemäßigten Unionisten im Werke ist. — In der „Agr. Ztg.“ fordern einige „loyale Beamte“ alle Beamten in Agram, welche für die nationalen Kandidaten stimmten (49) auf, „in acht Tagen die Aemter niederzulegen, widrigenfalls man selbst bei Sr. Majestät um deren Enthebung petitioniren werde."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ begrüßt die italienischen Gäste des deutschen Kaisers mit dem Ausdruck von Sympathien für Italien und sagt:

„Fester als durch Verträge werden die Staaten durch ihre wohlverstandenen gegenseitigen Interessen mit einander verbunden. Ein gemeinsamer Gegner beider Staaten sei die staatsfeindliche Priesterherrschaft. In einem Zeitalter, worin die höchsten irdischen Gewalten, gestützt auf eine große Vergangenheit und ein segensreiches Wirken, sich selbst rechtliche Schranken gesetzt haben, ist eine unbeschränkte Priesterherrschaft ein Anachronismus. Unter der allgemeinen Zustimmung der Nation wird das Reich diesen Absolutismus brechen."

Die Vorarbeiten für die Anti-Jesuiten-Gesetzgebung sind in den Berliner officiellen Kreisen in vollem Gange; auch die Maßregeln gegen den Bischof von Ermeland sind, nach den Andeutungen der „Spener'schen Zeitung“ zu schließen, bald zu erwarten. Nach dem preussischen Landrechte sind alle Oberen der Geistlichkeit dem Staate zu vorzüglicher Treue und Gehorsam verpflichtet; der Staat hat mithin das Recht, wenn die Bischöfe dieser Bestimmung zuwiderhandeln, ihnen die gewährte staatliche Anerkennung zu entziehen, ohne sich erst in Unterhandlungen mit dem Papste einzulassen. Außer der Amtssperre wird die Regierung gegen den Bischof noch die Entziehung der ihm ausgesetzten Dotation von 35.000 Thalern jährlich in Anwendung bringen. Einen Conflict soll auch der Breslauer Fürstbischof heraufbeschwören wollen, indem er Mient macht, sich in die Strafgewalt des Staates einzumischen.

Der „Schlesischen Zeitung“ wird aus Berlin mitgetheilt, daß der deutsche Kaiser am 15. d. den Reichstag in Person schließen werde. — Von der Einbringung des Diäten-Antrages beabsichtigte die Fortschrittspartei in dieser Reichstags-Session Abstand zu nehmen. Wie man nunmehr hört, gehen die Alerikalen damit um, in Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei dennoch den Antrag zu erneuern. — Die Aufhebung der besonderen Militär-Seelsorge ist in Aussicht genommen. Die Mannschaften werden dann, wie früher, die Civilpfarrer benützen. Den General-Commanden sind bereits hierauf bezügliche Weisungen zugegangen. — Die Anwesenheit der Erben der italienischen Krone in der Hauptstadt des deutschen Reiches gibt den deutschen Blättern reichlichen Stoff zu Betrachtungen über das freundschaftliche Verhältnis Deutschlands und Italiens.

In der Schweiz bildet sich jetzt unter dem Vorfige des Bundesrathes Dubs eine anti-revisionistische Parteigruppe der Bundesversammlung, welche das föderative Princip (?) festzuhalten, in diesem Sinne auch in der Presse thätig zu sein, zugleich aber auch die Initiative zur Revision einzelner Artikel der Bundesverfassung zu ergreifen beschloffen hat.

Das Ministerium in Spanien hat sich mit den Erklärungen des Marshalls Serrano zufriedengegeben. General Echague, der an Serrano's Stelle den Oberbefehl in Biscaya und Navarra übernommen hat, meldet, daß wiederum 633 Carlisten sich unterworfen haben. — Die Majorität der spanischen Cortes unterstützt wie früher Sagasta, so auch das neue Ministerium Serrano's, denn Zorilla's Tadelvotum ist gar nicht zur Abstimmung zugelassen worden; man ging darüber zur Tagesordnung über.

Dem „Observer“ zufolge berieth der Cabinetrath in London über die am Morgen aus Washington eingetroffene Mittheilung in Betreff des Zusatzartikels zum Washingtoner Vertrage. Das Resultat der

Das Leichenbegängnis der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie

fand Samstag, den 1. Juni, um 4 Uhr nachmittags, von der Hofburg-Pfarrkirche aus, in Wien statt.

Der Sarg wurde durch k. k. Kammerdiener unter Beihilfe von Leiblakaien vom Schaubette herabgehoben und nach nochmaliger Einsegnung zu dem reichen, mit sechs Schimmeln bespannten Leichenwagen in den Schweizerhof hinabgetragen.

Zwei Hoffouriere, ein Kapellengehilfe mit dem Kreuze, die Hofkapellendiener mit dem Incensum und Asperges, dann (mit brennenden Wachskerzen) zwei assistirende Hofaplane und der Hof- und Burgpfarrer, endlich ein Kammerfourier traten hiebei vor.

Der Obersthofmeister der Berewigten und die beiden k. k. Kämmerer folgten dem Sarge.

Acht Edelknaben mit Wachsfackeln, sechs Arcieren- und sechs ungarische Leibgarden, von außen aber acht Trabantenleibgarden und acht Leibgardereiter, unter Vortritt ihrer Chargen, leisteten zu beiden Seiten die Nebengeleitung.

Nunmehr wurde der Sarg in den Wagen gehoben und der Leichenzug begann unter dem Geläute der Kirchturmglöken.

Denselben eröffnete ein Zug Cavalerie, dann folgten: ein Hofeinspanier zu Pferde, ein zweispänniger Hofwagen mit einem k. k. Kammerfourier, ein zweispänniger, vierstziger Hofwagen mit k. k. Kammerdienern, eine Escadron Cavalerie, ein Hofeinspanier zu Pferde, ein Hoffourier zu Pferde, ein sechsspänniger Hofwagen mit den zwei k. k. Kämmerern, an jedem Wagenstange ein Leiblakai, ein sechsspänniger Hofwagen mit dem Obersthofmeister der Höchstverbliebenen, an jedem Wagenstange zwei Leiblakaien.

Die k. k. Leiblakaien paarweise, zwei k. k. Hoffouriere zu Fuß, der sechsspännige Leichenwagen mit dem Sarge.

An jeder Seite gingen vier Leiblakaien und mit brennenden Wachsfackeln vier k. k. Edelknaben.

Sechs k. k. Arcierenleibgarden rechts, sechs ungarische Leibgarden links, von außen aber acht Trabantenleibgarden rechts und acht Leibgardereiter links leisteten die Begleitung; eine Compagnie Infanterie und eine Escadron Cavalerie machten den Schluß.

Der Zug nahm den Weg über den Josephs- und Lobkowitzplatz, durch die Klostergasse zu den Kapuzinern auf dem neuen Markte.

Schon etwas früher versammelte sich der Stadtmagistrat, die Kleriseien und Spitaler in der Augustiner-Hofkirche und traten von dort dem Leichenzuge vor.

Das Innere der Kapuziner-Kirche war schwarz ausgefärbt, die Kniebänke und Kirchenstühle waren schwarz überzogen, der Fußboden schwarz belegt.

Auf die Meldung, daß die höchste Leiche herannahe, verfügten sich die bereits incognito angekommenen Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften in die Kirche auf die für Höchste bestimmten Plätze.

Die Specialgesandten der fremden Höfe, und zwar der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter Sr. Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen, General à la suite v. Schweinitz, der großherzoglich mecklenburgische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Freih. v. Gamm, so wie der königlich württembergische Oberstallmeister Graf v. Taubenheim, wie auch der Kammervorsteher Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand, Major Graf Bergen, und der k. k. Hofstaat etc. hatten sich dafelbst schon vorher eingefunden.

Sobald der Leichenwagen an der Hauptpforte der Kapuzinerkirche angelangt war, wurde der Sarg herab-

gehoben, von dem Pontificanten an der Spitze der Geistlichkeit empfangen, unter deren Vortritt in die Kirche getragen und auf die in der Mitte derselben aufgestellte, rings mit brennenden Lichtern umgebene Trauerbahre niedergelassen.

Der Obersthofmeister der Höchstverbliebenen und die begleitenden Kämmerer folgten bis dahin und begaben sich dann auf die für sie vorgeschickte Kniebank.

Nun erfolgte die feierliche Einsegnung, worauf von den Sängern der Hofmusikapelle das Libera abgesungen wurde.

Der Sarg wurde sodann erhoben und unter Trauergebeten und Fackelbegleitung in die Gruft hinabgetragen.

Der Pontificant mit der assistirenden Geistlichkeit ging voran.

Se. k. und k. Apostolische Majestät, die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Karl Ludwig und Ludwig Victor, der k. k. erste Obersthofmeister mit dem Stabe in der Hand, der Obersthofmeister der Berewigten und die begleitenden Kämmerer folgten dem Sarge.

Die Leibgarden, Edelknaben u. s. w. blieben in der Kirche zurück.

Unten in der Gruft fand die nochmalige Einsegnung statt.

Nach Beendigung der Gebete übergab der k. k. Erste Obersthofmeister dem Guardian der PP. Kapuziner die höchste Leiche und empfahl dieselbe seiner Obhut, wonach alle aus der Gruft in die Kirche zurückkehrten.

Während dieses in der Gruft vor sich ging, verließ der Allerhöchste Hof die Kirche, aus welcher sich nun auch alle übrigen Anwesenden entfernten.

Verathung ist unbekannt; gut unterrichtete Kreise hoffen aber, daß Amerika, falls eine Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten auch jetzt noch nicht erfolgt, doch vor dem am 15. d. M. zusammentretenden Schiedsgerichte die thatsächliche Zurückziehung der indirecten Ansprüche gutheissen werde. Die Einwendungen Englands gegen die Fassung des Artikels sollen vorzugsweise dagegen gerichtet sein, daß die Ausschließung etwaiger künftiger indirecter Schadenersatzansprüche in zu sehr ausgedehntem Maße ausgesprochen wäre. — Im englischen Unterhause ist bekanntlich am 30. Mai die Ballot-Bill und mit ihr das Princip der geheimen Abstimmung bei den Parlamentswahlen in dritter Lesung angenommen worden.

Der Congress in Washington beschloß, die Session bis zum 7. d. M. zu verlängern. — An den Senat gelangte eine Botschaft des Präsidenten Grant, worin derselbe gegen die Bill, laut welcher die ehemaligen Conföderirten von Kentucky für das von den Unionstruppen während der Rebellion zerstörte Eigenthum entschädigt werden sollen, sein Veto einlegt. Der Präsident führt in der Botschaft an, daß die Zerstörung vom militärischen Standpunkte aus eine Nothwendigkeit war, daß die verlangte Zahlung ein Präcedens schaffen und die Eigenthümer zu unzähligen übertriebenen Forderungen aufmuntern würde.

Wiener Weltausstellung 1873.

Am 29. d. M. fand in den Bureaux der Weltausstellung in Wien eine Versammlung der renommirtesten Wiener Bau- und Möbelfachler und Holzbildhauer statt, welche Herr Prof. Dr. Exner namens der Gruppe 8, Abth. 16. (Ausstellungs-Kommission für Wien und Nieder-Oesterreich, zu einer Verathung eingeladen hatte, um die einleitenden Schritte für eine vollständige Vertretung der Tischlerei und Holzbildhauerei auf der Weltausstellung zu treffen. Es wurde die Niederlegung zweier Comités für die Veranstaltung von Collectiv-ausstellungen der Bau- und Möbelfachler durch die Tischlergenossenschaft beschlossen. Die Bildhauer wählten sofort ein aus den Herren La Vigne, Hutterer, Schindler und Schröfel zusammengesetztes Agitations-Comité, welches ebenfalls eine Collectivausstellung der Holzbildhauer anstreben und sich mit den vorerwähnten zwei Comités ins Einvernehmen setzen wird, um eventuell gemeinschaftlich mit diesen vorzugehen. — Die in Rom erscheinende „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht ein umfangreiches Circulare, welches das königl. italienische Ministerium für Handel, Ackerbau und Industrie an die Präfekten und die Präsidenten der Handelskammern, landwirthschaftlichen und industriellen Gesellschaften Italiens gerichtet hat, um sie zur lebhaften Betheiligung an der Weltausstellung 1873 aufzufordern. Ein ähnliches Circulare hat, wie uns Madrid berichtet wird, der General- Director des spanischen Ministeriums für Handel und Industrie an die Gouverneure sämtlicher Provinzen Spaniens gerichtet, in welchem diesen anempfohlen wird, die Betheiligung Spaniens an der Weltausstellung 1873 auf das kräftigste zu fördern. Die königliche Ausstellungskommission hat vor einigen Tagen eine Plenarsitzung abgehalten und ein Subcomité mit den vorbereitenden Arbeiten für die Beschickung der Ausstellung von Seite Spaniens betraut. — Die Direction der böhmischen Westbahn und der Franz-Josefsbahn haben sämtlichen Mitgliedern der Ausstellungs-Kommission für Böhmen, welche nicht in dieser Stadt wohnen, eine 50prozentige Fahrpreismäßigung für die Reisen zu den Kommissionsitzungen bewilligt. — Die Triester Ausstellungskommission hat ihr Executiv-Comité um acht Mitglieder verstärkt.

Der Herr Präsident der württembergischen Centralstelle für Handel und Gewerbe und Mitglied der Centralkommission des deutschen Reiches für die Weltausstellung 1873 Dr. v. Steinbeis hat seine kurze Anwesenheit in Wien zur Besichtigung der Arbeiten auf dem Ausstellungsplatze und zu einer Unterredung mit dem Generaldirector der Ausstellung in Angelegenheiten der Exposition Württembergs benützt. — Das Circular des französischen Handelsministers vom 24. Mai ist an die Handels- und Gewerbelammern Frankreichs gerichtet, welches denselben ans Herz legt, auf eine lebhafteste Betheiligung der französischen Industriellen an der Ausstellung und auf die Beschleunigung der Anmeldungen hinzuwirken. Das Circular theilt zugleich officiell mit, daß die französische Regierung sich entschlossen habe, die Kosten der Platzmiete für den von den einzelnen Industriellen in Anspruch zu nehmenden Raum zu tragen, und daß die Eisenbahnen Frankreichs und Deutschlands bedeutende Frachtermäßigungen für den Transport der Ausstellungsgüter zugesprochen haben.

In der letzten Sitzung des Executiv-Comités der Brünner Kommission berichtete Herr Dr. Bazant über das Ergebnis seiner Bereisungen des Bezirkes in Sachen der Ausstellung. Durch seine Intervention wurde in den Städten Znaim, Jglaun, Trebitsch, Triesch und Groß-Messersch ein dreifacher Modus für die Betheiligung an der Weltausstellung festgesetzt. Die vermögliche Leistungsfähigkeit hervorragender Establishments sollen einzu, die in den verschiedenen Orten massenhaft vertretenen Gewerbezweige, so weit sie dem Kleingewerbe angehören, collectiv ausstellen; die in den einzelnen Städten verstreuten kleineren Gewerbetreibenden sollen

in die Collectivausstellung des mährischen Gewerbevereins einbezogen werden, welche dadurch den Charakter einer Gesamtausstellung der Kleinindustrie des Bezirkes erhielt. Es wurde beschlossen, dem Gewerbevereine diese Gesamtvertretung des Kleinindustriellen zu empfehlen. Die in der früheren Sitzung beschlossene Collectivausstellung von Mahlproducten, Bausteinen und Baumaterialien findet allgemeinen Anklang. Die bezüglichen Anmeldungen sind bereits sehr zahlreich. Das Executivcomité befaßt sich mit der Frage, in welcher Weise für eine zweckmäßige und geschmackvolle Aufstellung der verschiedenen Gewerbeartikel zu sorgen sei. Das Executivcomité der Innsbrucker Kommission hat in den verschiedenen Orten Tirols Localcomités bestellt. Die Sensen- und Sichelfabrikanten des Unter-Inn- und Thales bereiten eine Collectiv-Ausstellung vor.

Tagesneuigkeiten.

— Der Bräutigam der Frau Erzherzogin Gisela, Se. k. Hoheit Prinz Leopold von Bayern sind zu einem kurzen Besuche incognito in London eingetroffen.

— (Trauergottesdienste) für weiland Ihre kais. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie fanden auch in Graz und Klagenfurt statt.

— (Ministerpräsident Graf Hegeneberg-Dux) ist am 2. Juni in München gestorben.

— (Der Schriftsteller Friedrich Gerstäcker) ist am 1. d. in Braunschweig gestorben.

— (Tabakgefälle.) Die Gesamt-Einnahme der österreichischen Tabakregie für die im allgemeinen Verkehr abgesetzten in- und ausländischen Tabak-Fabrikate und Cigarren betrug im Jahre 1871, und zwar der Absatz im Inlande 50,321,420 fl., im Auslande 45,022 fl.; werden hiezu noch die Erträge des Tabakblätterverkaufs im Auslande mit 2,489,520 fl. gerechnet, so ergibt sich eine Gesamt-Einnahme von 52,855,962 fl. Mit den Ergebnissen des Vorjahres verglichen, ergibt sich diesmal ein Plus von 6,396,411 fl. oder 13.7 Prozent. An der Zunahme des Absatzes participiren nach dem Betrage: Niederösterreich um 1,320,831 Gulden, Böhmen um 1,098,428 fl., Galizien um 393,976 fl., Steiermark um 278,463 fl., Mähren um 224,848 fl., Oberösterreich um 152,258 fl., Kärnten um 81,717 fl., Krain um 74,722 fl., die Bukowina um 74,668 fl., Schlesien um 73,632 fl., Tirol um 72,179 fl., Krain um 28,060 fl. und Salzburg um 24,000 fl., eine Abnahme dagegen in Dalmatien um 3930 fl.

— (Oesterreichisch-ungarische Nordpol-Expedition.) Oberleutnant Payer und Regimentsarzt Dr. Repes sind bereits nach Bremerhaven abgereist. Am 8. Juni findet eine Probefahrt des „Tegethoff“ statt, und für den 12. ist die definitive Abfahrt festgestellt.

— (Wissenschaftlicher Ausflug.) Am Sonntag 2. d. sind, der „Trierer Zeitung“ zufolge, ungefähr 60 Studierende des Polytechnicums von Wien in Gesellschaft einiger Professoren in Triest eingetroffen, um die dortigen Hafenarbeiten zu besichtigen.

— (Badezeitung.) In Gleichenberg (Steiermark) befinden sich bereits 600, in Hall (Ober-Oesterreich) 360, in Baden (bei Wien) 3224 Badegäste.

— (Zur Ueberschwemmung in Böhmen.) In allen Theilen des Reiches wurden Hilfscomités zur Sammlung von Unterstützungsbeiträgen für die Verunglückten in Böhmen eingeleitet. Im Saazer Bezirke wurden allein 3000 Joche der fruchtbarsten Grundstücke überschwemmt. Unterstützungsbeiträge in der Höhe von 6000 fl. laufen von hohen Adelsfamilien in Prag ein.

— (Ueberschwemmungen.) sind auch in Italien eingetreten. Der Austritt des Po hat einen Schaden von 15 bis 20 Mill. Lire verursacht. 10,000 Personen sind obdachlos.

— (Franklin), der berühmte Erfinder des Blitzableiters, ohne Zweifel auch ein großer Menschenkenner, rath jungen Männern, ihre Braut in einer Familie auszuwählen, wo mehrere Töchter vorhanden sind, „denn“, sagt er, „solche Mädchen haben einander gegenseitig verbessert, sie haben untereinander Geduld üben gelernt, während die „einzige“ Tochter nicht selten ein verzogenes Kind ist.“

— (Moderirung von Rächetagen.) Fürst Orlow in Paris läßt gegenwärtig die Rechnungen seines Kochs von den Gerichten prüfen. Der seine Koch hat in 21 Tagen 27,000 Francs für die Tafel des Fürsten verausgabt.

— (Bei der Feuersbrunst in Jeddo) sind 30 Personen verbrannt, 200,000 Personen obdachlos; der Schaden beträgt nahezu 3,000,000 Piaster.

Lokales.

Aus der Gemeinderaths-Sitzung vom 4. Juni.

Gegenwärtig die Herren: Bürgermeister Deschmann als Vorsitzender, 25 Gemeinderäthe und der Secretär als Schriftführer.

Verhandlungsgegenstände:

1. Der Schriftführer verliest das letzte Gemeinderaths-Sitzungs-Protokoll; dasselbe wird genehmigt.

2. Der Vorsitzende theilt mit, daß er mit einigen Gemeinderathsmitgliedern die Beileidsbezeugung der Stadt-

gemeinde aus Anlaß des Todes der Frau Erzherzogin Sophie an Se. Majestät den Kaiser und Se. k. Hoheit Herrn Erzherzog Franz Karl im Wege des Herrn k. k. Landespräsidenten in geeigneter Weise zum Ausdruck gebracht hat. (Die Gemeinderäthe erheben sich von ihren Sitzen.)

3. Der Gemeinderath genehmigt den Vorschlag des Vorsitzenden an die k. k. Landesregierung, wonach anstatt des verstorbenen Herrn Jeuniker der Realitätenbesitzer Franz Luchmann, Polana, zum gemeinderäthlichen Mitgliede der k. k. Grundsteuer-Regulirungs-Bezirks-Kommission und der Realitätenbesitzer Herr Dreo zu dessen Ersatzmann ernannt werden solle.

4. Der Gemeinderath genehmigt die vom Vorsitzenden in Vorschlag gebrachten 12 Gemeinderathsmitglieder, aus deren Mitte abwechselungsweise je zwei der ständigen Mithatungs-Kommission beizutreten haben; eine gemeindeämthliche Instruction wird die Reihenfolge und Function der intervenirenden Gemeinderepräsentanten normiren.

5. Vice-Bürgermeister Dr. A. v. Kallenegger beleuchtet in längerer, mit Beifall aufgenommener Rede die großen Verdienste, welche sich der ehemalige Bürgermeister und gegenwärtige Gemeinderath Herr Dr. J. Suppan, insbesondere seit dem Jahre 1868 um das Wohl der Stadt-Gemeinde im vollsten Maße erworben hat; der Redner bringt dem Gemeinderathe in Erinnerung, daß Herr Dr. J. Suppan Ordnung im Gemeinwesen geschaffen, für Sicherheit in der Gemeinde gesorgt, die Magistratsadministration geregelt, auf finanziellem Gebiete erfolgreiches geleistet, das Schulwesen gehoben, als Bürgermeister, Gemeinderath und Obmann der gemeinderäthlichen Rechtssection jederzeit mit voller Arbeitskraft, strenger Rectlichkeit, uneigennütziger Aufopferung, insbesondere in der zum Vortheile der Stadtgemeinde finalisirten Spitalskostenangelegenheit gewirkt hat, überdies in der Reihe der Streiter für Verfassungsrecht und Reichseinheit einer der Ersten ist. Der Redner stellt den Dringlichkeitsantrag: „Dem Gemeinderathe Herrn Dr. J. Suppan sei in dankbarer Erinnerung und gerechter Würdigung seiner Verdienste um das Gemeinwohl das Ehrenbürgerrecht der Stadtgemeinde Laibach zu verleihen und demselben ein decorativ ausgestattetes Diplom in ehrenvoller Weise zu überreichen.“ Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

6. Eine Interpellation in Betreff der Arbeiten in der oberen Gradtscha beantwortet der Vorsitzende dahin, daß er dieserwegen das Erforderliche an das Stadtbauamt veranlassen werde.

7. Gemeinderath Professor Dr. Pirker stellt in der Erwägung, als die Stimmung in der Stadt wegen der am Castellberge in neuester Zeit vorschleichenden Pulverpatronen-Erzeugung eine ängstliche und aufgeregte sei, den Dringlichkeitsantrag: „Der Gemeinderath erkennt in der im alten Pulverturm auf dem Castellberge in der Nähe der Stadt neuester Zeit stattfindenden Pulverpatronen-Erzeugung eine Gefahr für die Stadt, protestirt gegen diesen Vorgang und fordert aus Rücksicht für die Sicherheit des Eigenthums und des Lebens, daß dieses Unternehmen sogleich eingestellt werde.“ — Obgleich der Vorsitzende auf Grund eingeholter persönlicher Erkundigung eine beruhigende Erklärung abgibt, wonach es sich hier nicht um eine fabrikmäßige Pulverpatronen-Erzeugung, sondern nur um die Füllung geringer Quantitäten ausgeschossener Hülzen handelt, wird der Antrag doch als dringlich erkannt und mit Majorität zum Beschlusse erhoben.

8. Jetzt erst wird zur Tagesordnung geschritten. Dem Vertreter der Stadtgemeinde Laibach, Herr Dr. v. Wiedenfeld in Wien, wird infolge günstiger Erledigung der Spieltastkosten-Angelegenheit ein Honorar von 500 Gulden einstimmig zuerkannt.

9. Der Gemeinderath nimmt die demnächst directivmäßig eintretende Beforgung des Schubwesens von Seite des Magistrates zur Wissenschaft, genehmigt die der Stadtgemeinde obliegenden Schubauslagen und wird sich wegen Localitätenzins, Entlohnung der Wache, Begleiter und Diener, Verpflegung der Schöplinge, Einrichtungskosten, Druckkosten, Geldverlangen mit dem k. k. Landesauschusse und der hiesigen k. k. Bezirkshauptmannschaft ins Einvernehmen setzen.

10. Der Gemeinderath beschließt, daß das Erforderliche eingeleitet werde, damit die Rosetti'schen, derzeit gerichtlich depositirten und zur Gründung eines Kinderspitales gewidmeten zwei Aerial-Obligationen à 225 Gulden und 11 Gulden der Stadtgemeinde Laibach nunmehr erfolgt werden.

11. Der Gemeinderath beschließt, der Akt in Betreff der Eröffnung eines Durchgangsgäßchens zunächst des Fürstenhofes sei nochmals principiell und technisch zu prüfen, mit dem neuerlichen Gutachten der Bau-Finanz- und Rechtssection versehen, Sr. Durchlaucht dem Fürsten Auersperg als Besitzer des Fürstenhofes zur Aeußerung mitzutheilen und der vervollständigte Akt sodann zur gemeinderäthlichen Beschlußfassung vorzulegen.

12. Die Stadtkasse wird angewiesen, in Folge der bei 3 Parteien eingetretenen Hauszinssteuer-Erhöhungen die Zinskreuzer nachträglich einzubringen; von der Revision der älteren Zinskreuzerrechnungen wird Umgang genommen, nur sei gehöriger Orts dahin zu wirken, daß Aenderungen in der Hauszinssteuervorschrift auch dem Magistrate mitgetheilt werden.

